

Anträge

Sachgebiet 23.1

Aktenzeichen:

Vorlage Nr.: AN/0230/2016

Vorlage für die Sitzung		
Haupt- und Finanzausschuss	11.04.2016	öffentlich

Beratungsgegenstand: **WLAN-Zugang für Flüchtlinge**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:
keine

Haushaltmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
s. Vorlage

1. Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Mit Schreiben vom 03.11.2015 hat die UWG-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach für die nächste Ratssitzung beantragt:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit der Telekom ins Benehmen zu setzen um zu erreichen, dass in Flüchtlingsunterkünften der Stadt Rheinbach WLAN verfügbar gemacht wird.

Über das Ergebnis der Kontaktaufnahme sollte im Rat berichtet werden.

In der Sitzung des Rates am 07.12.2015 wurde der Antrag zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Tatsächlich hatte die Deutsche Telekom auf ihrer Internetseite über die Zusage von Telekom-Chef Tim Höttges gegenüber Bundesinnenminister Thomas de Maiziere berichtet, die Bemühungen der Hilfsverbände und der öffentlichen Hand bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zu unterstützen.

Das Hilfsangebot hatte u.a. den Schwerpunkt bei der Versorgung von Flüchtlingsunterkünften zu unterstützen, wobei in Absprache mit dem Bundesinnenministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der Hauptfokus auf der Versorgung der Erstaufnahme-Unterkünfte liege.

Antragsgemäß hat die Verwaltung die Telekom angeschrieben und gebeten mitzuteilen, ob und wenn ja wie die Telekom auch die Stadt Rheinbach bei der Versorgung von Flüchtlingsunterkünften mit WLAN

unterstützen kann.

Die Telekom hat daraufhin folgendes mitgeteilt:

Eine kostenlose Unterstützung der Deutschen Telekom bezog sich in der Vergangenheit auf die Ausstattung von sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen. Dazu zählt die Stadt Rheinbach leider nicht. Die Festlegung der in Frage kommenden Einrichtungen basierten auf einer Absprache zwischen dem Innenminister und der Geschäftsführung der Deutschen Telekom.

Die Stadt Rheinbach hat also keine kostenlose Unterstützung durch die Deutsche Telekom bei der Versorgung von Flüchtlingsunterkünften mit WLAN zu erwarten.

Aus diesem Grund hat die Verwaltung sich entschlossen, die städtischen Gebäude, in denen Flüchtlinge untergebracht sind, mit einem eigenen Internetanschluss zu versehen – soweit dieser nicht schon vorhanden ist - und diese den Freifunkern Rheinbach als Basis für deren WLAN-Router zur Verfügung gestellt werden.

Die Kosten für diese Anschlüsse betragen jährlich rund 3.300,- €.

Rheinbach, 8. April 2016

gez. Dr. Raffael Knauber
Erster Beigeordneter

gez. Walter Kühn
Sachgebietsleiter

Anlagen:

Antrag der UWG-Fraktion vom 03.11.2015